

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: Kommission Straßen(um)benennungen

Bezug: 8/2021, 516/2020, 516a/2020, 516b/2020

Anlagen:

Zusammenfassung:

Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen einen Werkvertrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Biografien von elf Personen vergeben, nach denen in Tübingen Straßen benannt sind. Gleichzeitig wurde eine Kommission eingerichtet, die Kriterien für eine etwaige Umbenennung erarbeitet. Zudem hat die Verwaltung einen Gestaltungswettbewerb unter Studierenden ausgeschrieben, um eine grafische Lösung zur Kennzeichnung dieser elf diskussionswürdigen Straßennamen zu entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2021
DEZ01 THH_4 FB4	Dezernat 01 BM'in Dr. Daniela Harsch Kunst und Kultur Kunst und Kultur			EUR
2810	Sonstige Kulturpflege	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-245.220
			<i>davon für diese Vorlage</i>	<i>-12.800</i>

Über die Kostenstelle 28.10.00.00.00 (Sachkonto 4291001, Aufträge an Dritte) sind für den Werkvertrag 12.800 Euro vorgesehen, die beim Produkt 2810 „Sonstige Kulturpflege“ im Haushalt veranschlagt sind.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verwaltung hat die mit der Vorlage 8/2021 beschlossenen Punkte inzwischen zu großen Teilen umgesetzt. Der Gemeinderat hatte zugestimmt, dass zunächst elf Straßennamen einer ersten wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen werden. Dazu hat die Verwaltung einen Werkvertrag vergeben. Ein Gestaltungswettbewerb zur Kennzeichnung der betroffenen Straßennamen hat zu einigen vielversprechenden Vorschlägen geführt, über die im Herbst entschieden werden soll. Auch eine Kommission, die analog zum Vorgehen der Stadt Freiburg Kriterien zur eventuellen Umbenennung von Straßennamen entwickelt, wurde eingerichtet und hat bereits getagt.

2. Sachstand

2.1. Wissenschaftliche Untersuchung von elf Straßennamen

Die Verwaltung hat mit einer Historikerin, die ihre Masterarbeit am Seminar für Zeitgeschichte bei Prof. Johannes Großmann geschrieben hat, einen Werkvertrag abgeschlossen. Sie überprüft die in der Vorlage 8/2021 vorgeschlagenen elf Personen anhand von Quellen und Sekundärliteratur: Ernst Wilhelm Bierer, Karl Brennenstuhl, Eduard Haber, Max Hartmann, Isolde Kurz, Karl Lämmle, Emil Niethammer, Paul Schmitthenner, Wilhelm Schussen, Eduard Spranger und Friedrich Süßer. Die Forschungslage zu den genannten Personen ist sehr unterschiedlich und erfordert unterschiedliche Herangehensweisen. So kann zum Beispiel im Falle von Paul Schmitthenner auf umfangreiche Literatur zurückgegriffen werden, während über Karl Brennenstuhl sehr wenig bekannt ist.

Die Historikerin hat mit ihrer Arbeit, die von Prof. Großmann betreut wird, im Mai begonnen. Der Werkvertrag ist vorerst auf sechs Monate befristet. Anhand der Ergebnisse wird im November in der Kommission beraten, welche Personen eventuell eine weitere Untersuchung erfordern.

2.2. Wettbewerb zur Kennzeichnung der kritischen Straßenbezeichnungen

Wegen der noch andauernden Forschungsarbeiten und da nicht abzusehen ist, wann dem Gemeinderat ein Vorschlag zur Umbenennung oder Beibehaltung der jeweiligen Straßennamen gemacht werden kann, und die Verwaltung im öffentlichen Raum auf diesen Aufarbeitungsprozess aufmerksam machen möchte, wurde ein studentischer Gestaltungswettbewerb zur Kennzeichnung der Straßenschilder ausgeschrieben. Die Verwaltung sucht mit diesem Wettbewerb kreative, mutige und visionäre Ideen zwischen bewährter Praxis, kultureller Intervention und unkonventioneller Kommunikation im öffentlichen Raum. Für den Gewinner-Entwurf ist ein Preisgeld in Höhe von 750 Euro ausgeschrieben, für den zweitplatzierten Entwurf 400 Euro und für den drittplatzierten 200 Euro.

Folgende Anforderungen wurden in der Ausschreibung gestellt:

- Betroffene Straßenschilder sollen so gekennzeichnet werden, dass sofort erkennbar ist, dass der jeweilige Straßename zur Diskussion steht und derzeit überprüft wird.

- Die Kennzeichnung soll mit wenig Text auskommen und eine innovative Kommunikation im öffentlichen Raum ermöglichen.
- Die Kennzeichnung kann aus einem oder mehreren visuellen und kreativen Elementen bestehen und in unmittelbarer Nähe zum Straßenschild oder am Straßenschild angebracht werden (Bedingung: Der Straßenschild muss klar lesbar bleiben).
- Teil der Kennzeichnung soll ein Hinweis auf weitere verfügbare Onlineinhalte sein (etwa via QR-Code).

An der Hochschule für Kommunikation und Gestaltung Stuttgart | Ulm haben sich im Sommersemester 2021 zwei Seminare mit dieser Aufgabenstellung befasst. Inzwischen sind 12 Beiträge eingegangen. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat noch in diesem Jahr einen Vorschlag machen, welches Konzept umgesetzt werden soll.

2.3. Kommission

Die Verwaltung orientiert sich in dem Verfahren zur Bewertung der Straßennamen an dem Vorgehen der Stadt Freiburg. Dort hat eine Kommission auf Grundlage der wissenschaftlichen Erforschung der Straßennamen Kriterien zur Bewertung der betroffenen Biografien entwickelt. In einem ersten Schritt wurde danach gefragt, von wem, bzw. aus welchen Kreisen der Benennungsvorschlag zu welchem Zeitpunkt erfolgte. Im nächsten Schritt wurden, soweit möglich, die Stellungnahmen der städtischen Instanzen und der endgültige Gemeinderatsbeschluss erfasst. Als Kriterien zur Klassifizierung bildeten sich schließlich heraus:

- Aktive Förderung des Nationalsozialismus bzw. des NS-Unrechtstaates von führender Position aus
- Aggressiver Antisemitismus bei solchen Personen, die Multiplikatoren darstellten und über entsprechenden Einfluss verfügten
- Extremes Rassismus in Theorie und/oder Praxis
- Militarismus in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkrieges (Dolchstoßlegende)
- Extreme, unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit

Kolonialismus als Kategorie entfiel in Freiburg, da bei den vorhandenen Straßennamen kein direkter Bezug gegeben war.

Ähnliche Kriterien könnten auch in Tübingen entwickelt werden. Die Kommission wird sich aber an konkreten Erfordernissen orientieren. So ist zum Beispiel absehbar, dass der Punkt „Militarismus/Erster Weltkrieg“ in Tübingen nicht diese Rolle spielen wird, da solche Straßennamen bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von der französischen Besatzungsmacht umbenannt wurden.

In Freiburg kristallisierte sich als Grobraster das Kriterium „Handlungsbedarf – kein Handlungsbedarf“ heraus, das jedoch wegen vieler Fälle, die sich zwischen diesen beiden Polen bewegen, weiter differenziert werden musste. So wurde fortan nach den Kategorien A= schwer belastet, nicht haltbar, B= diskussionswürdig, teilweise belastet, abwägen, C= unbelastet unterschieden. Da die Freiburger Kommission, wie die Tübinger auch, nur eine beratende Kompetenz hatte, wurde auf dieser Grundlage dem Gemeinderat eine Empfehlung unterbreitet.

Die oben beschriebene Vorgehensweise möchte die Verwaltung auch für die Bewertung der Tübinger Straßennamen zu Grunde legen.

Die Verwaltung hat daher eine siebenköpfige Kommission aus Historiker_innen, Archivar_innen und einem Soziologen eingerichtet. Unter dem Vorsitz von

- Prof. Dr. Johannes Großmann (Seminar für Zeitgeschichte, Universität Tübingen) gehören diesem Gremium an:
- Prof. Dr. Bernd Grewe (Institut für Geschichtsdidaktik und Public History, Universität Tübingen)
- Prof. Dr. Boris Nieswand (Institut für Soziologie, Universität Tübingen)
- Prof. Dr. Silke Mende (Lehrstuhl Neuere und Neueste Geschichte, Universität Münster)
- Dr. Regina Keyler (Universitätsarchiv Tübingen)
- Prof. Dr. Roland Müller (Stadtarchiv Stuttgart)
- Udo Rauch (Stadtarchiv Tübingen)

Alle Mitglieder der Kommission haben Erfahrung im Thema und können fundiertes Fachwissen einbringen. Prof. Grewe war zudem Mitglied der Kommission in Freiburg und kann daher auch auf Schwierigkeiten im Verfahren hinweisen.

Die Kommission hat bereits im Juli 2021 getagt, weitere Termine sind vorläufig für Ende September 2021 und November 2021 geplant.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung wird dem Gemeinderat in den nächsten Wochen einen Vorschlag zur Kennzeichnung der kritischen Straßennamen unterbreiten. Nach der November-Sitzung der Kommission soll dem Gemeinderat ein weiterer Bericht vorgelegt und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen gemacht werden.